

Verfailles, 22. Juni. Dem „Journal officiel“ zufolge ist der Postdienst nach allen Richtungen hin seit heute vollständig wieder hergestellt. — Demselben Blatte zufolge soll die Revue de France bestimmt am nächsten Sonntage stattfinden. Dasselbe Blatt erklärt, daß die angeblichen Depeschen Thiers' an Macdonald, welche durch den „Gaulois“ veröffentlicht wurden, vollständig erdichtet seien. — Das Gerücht, daß sich Victor Lezardier nach England begeben habe, wird ebenfalls als unwahr bezeichnet.

Florenz, 22. Juni. Der Minister des Innern hat die
Lösung der hiesigen internationalen Assoziation angeordnet.

Bern, 22. Juni. Der Bundesrath beantragte bei der Uebersammlung die Bewilligung eines weiteren Kredites von 4,680,000 Frs. behufs Vervollständigung der Bewaffung des Bundesgebietes. — Betreffs der Ueberschwemmung im Kanton St. Gallen sind an den Bundesrath bezügliche Nachrichten eingetroffen. Der letztere hat den Oberbaudirektor Salis den Ingenieur Fraiss als Experten abgesandt, um über die gehobene Ueberschwemmung Bericht zu erstatten.

West, 22. Juni. Der Kaiser hat dem Minister v. Go-
die nachgesuchte Demission gewährt und ihm als Anerken-
g die Geheimrathswürde verliehen.

Kopenhagen, 21. Juni. Der König von Griechenland
deute Nachmittag hier eingetroffen und von der kgl. Familie
fangen worden. Der König fuhr von hier nach Schloß
Allenberg und von dort per Extrazug nach Fredensborg, überall
einer großen Volksmenge begrüßt.

Berlin, 22. Juni.

— Prinz Albrecht ist von dem Unwohlsein, welches ihn dem Truppeneinzug betroffen hat, fast gänzlich wieder hergestellt. Uebrigens hört man, daß auch Prinz Karl und der Prinz von Sachsen eine kurze Zeit während des Truppen-Parades sich unwohl gefühlt hatten. — Am Hofe bezeugt am 20. Juni das siebenzigste Geburtsfest und damit das fünfzigjährige Dienstjubiläum des Prinzen Karl. — An verschiedene Mitglieder des Königshauses sind Einladungen ergangen, Truppen-Einzügen in Dresden und Leipzig betzuwohnen.

— Das vom Reichskanzler dem Reichstage vorgelegte Gesetz betreffend die Bewilligung eines Kredits von 100,000 Thlr. erste Rate für Erweiterungsbauten auf dem Grundstück des Reichskanzleramtes ist genehmigt und dem Kaiser zur höchsten Vollziehung vorgelegt worden. Der Bundesrath hat den Wunsch ausgesprochen, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, sich über das Bauprojekt vor dessen definitiver Feststellung äußern zu können.

— Die Kreuzz. bringt folgenden, wie es scheint auf hohe-
Eingebung beruhenden Artikel:

Eine eigenthümliche Erscheinung in dem parlamentarischen Leben des Reiches ist die sogenannte „Horizontale Fraktion“ des Reichstages. Eine Fraktion, welche sich vergeblich dadurch einen politischen Ansehen zu verschaffen sucht, daß sie sich in der That nicht als Fraktion, sondern als

Die Fraktion, welche sich vorwiegend als „Fraktion des Centrums“ bezeichnet, daß sie sich selbst den Namen „Fraktion des Centrums“ beilegt hat. Gebildet und geführt von den Körpern derjenigen Parteien, welche der katholischen Kirche, welche als die „Stütze und Bundesstütze“ des römischen Jesuitismus bezeichnet werden muß, hat dieselbe alle politischen und politischen Agitation in Bewegung gesetzt, um das Landestommen der Einheit Deutschlands und die Begründung des deutschen Reiches zu verhindern — es liegt nicht an ihrem guten Willen noch an ihren eifrigsten Bemühungen, daß beides nichts desto weniger erreicht worden ist. Natürlich war es nicht gerathen, die verurtheilten Thatsache und dem lauten Jubel des deutschen Volkes gegenüber in der früheren Stellung zu beharren; doch war es auf der anderen Seite eine schnell vorübergehende Illusion, auch eine sachliche Abwägung jener Partei zu erwarten. Allerdings hatte es den Anschein, als ob die Mehrheit der katholischen Partei die Neubildung des deutschen Reiches mit Zustimmung und Hoffnung begehrte; allerdings versicherten die Wortführer der Partei, daß sie der vollendeten Thatsache gegenüber ihre frühere Opposition nicht aufgeben würden. Doch waren dies alles leibere Worte, denen irgend Jemand sonst. Doch waren dies alles leibere Worte, denen irgend Jemand sonst. Doch waren dies alles leibere Worte, denen irgend Jemand sonst.

billigt haben. Niemand aber soll und wird diese selbe Regierung die Hand dazu bieten, eine Partei politisch zu etablieren und zu stärken, welche kein anderes Ziel verfolgt, als die alten, lange begrabenen Ansprüche des Papstthums neu zu beleben, und nicht allen den Streit der Konfessionen, sondern auch den Kampf der geistlichen und weltlichen Gewalt wiederum wach zu rufen. Noch weniger aber als die preussische Regierung kann die Reichsregierung einer solchen Uebertragung kirchlicher Tendenzen auf das politische Gebiet Vorschub leisten, da die Reichsverfassung mit kirchlichen Dingen überhaupt nichts zu schaffen hat und daher hier nicht einmal der Vorwand Platz greift, welcher in der preussischen Laederbetretung wenigstens noch einen gewissen Sinn hat: die Rechte und Institutionen der katholischen Kirche vertreten und vertheidigen zu müssen. Wie wir hören, hat deshalb auch die Reichsregierung bereits Veranlassung genommen, die Haltung der katholischen Fraktion in Rom offiziell zur Sprache zu bringen und diese Reclamation hat den Erfolg gehabt, daß der Cardinal-Staats-Sekretär Antonelli das gesammte Auftreten der katholischen Fraktion in den unweidentlichen Ausdrücken desavouirt und gemißbilligt hat. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn die deutschen Ultramontanen aus dieser Reklamation ungeachtet auf dem bisherigen Wege beharren, oder wenn gar deren Protectoren in Rom die stärken sein sollten. Die deutsche Reichsregierung, welche den Evolutionen der kirchlichen Fraktion mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber gestanden hat, dürfte sich nicht in der Lage befinden, einer fortwährenden Aggression gegenüber sich auf die Defensiv zu beschränken. Sie wird sich vielmehr und zwar schon in der nächsten Zeit entschließen müssen, einer ferneren Aggression auch ihrerseits mit Aggression und zwar gleichmächtig nach Außen wie nach Innen zu begegnen. — eine Entwicklung, in Bezug auf welche sich selbst die ultramontane Partei nicht verhehlen sollte, daß sie schwierig zu Gunsten der römischen Kirche ausfallen dürfte. War schon vor dreihundert Jahren in Deutschland das Deuththum stärker als das Römerthum, um wie viel mehr heute, wo Rom nicht mehr die Hauptstadt der Welt, sondern beinahe die Hauptstadt Italiens ist, und wo die deutsche Kaiserkrone nicht auf dem Haupte eines Spaniers, sondern eines deutschen Fürsten ruht.

— Es ist vor einiger Zeit schon angedeutet worden, daß eine Kaiserliche Verordnung bezüglich der Anrechnung der Zeit französischer Gefangenenschaft während des letzten Feldzuges als Dienstzeit bevorstehe. Dieselbe ist jetzt in nachstehender, vom 18. Mai c. datirten und an den Kriegsminister gerichteten Kabinettsordre erlassen:

Auf Ihren Antrag genehmige Ich im Verfolg Meiner am 11. v. M. an Sie gerichteten Ordre ausnahmsweise, daß den während des letzten Krieges in französische Kriegsgefangenschaft geratenen Offizieren, Beamten und Mannschaften, welche in Folge ihrer Verwundung, ihrer Dienstleistung oder Gefangenenschaft geküret ist, auch bei Befriedigung der Ansprüche auf das Dienstauszeichnungscruz und die Dienstauszeichnung, sowie bei der Pensionierung die Beiz der Gefangenenschaft als Dienstzeit angerechnet werden darf. Die vorgesezten Generalcommandos, beziehungsweise die betreffenden Vorgesetzten haben in jedem derartigen Falle die Befähigung dieser Anrechnung zu beschleunigen. Wilhelm.

Vom Rhein, 19. Junl. Ueber die moralischen Folgen des Krieges schreibt man dem, Fr. S.:

Als der Krieg im vorfloßenen Jahre sich in die Länge zog, immer größeren Dimensionen und einem immer grauämern Charakter annahm, wurden in Deutschland eerste Befehrsgriffe vor der Vermilderung naserer eigenen Soldaten laut. Man fürchtete, sie möchten Sitten und Gewohnheiten annehmen, unbedenen die bürgerliche Gesellschaft nach ihrer Niederkehr in deutsche Vaterland leiden mühte. Von dieser Sorge find wir vollständig befreit, und es ist wohl am Platze, dies öffentlich zu konstataren. Der furchtbare Krieg hat die Moral und gute Sitte nicht gelodet; im Gegentheil: es ist eine von vielen Arbeitgebern heute offen ausgesprochene Thatfache, daß das gute Einvernehmen zwischen ihnen und den Arbeitnehmern, die vor Kurzem noch die Waffenhandsabten und jetzt wieder am Schraufstod oder der Dohelbant stehen, unzweifelhafter war, als eben jetzt. Vor dem Kriege waren die Striktes der Tagesordnung; heut ist keine Rede davon. Der framme Dienst für die heilige Sache des Vaterlandes hat verelend auf die Sitten gewirkt und die Ansichten über die soziale Frage vielfach gestalt. Wer die Leiden dieses Krieges mit durchgemacht hat, empfand den Segen der friedlichen Arbeit mehr denn je. Auch nach dieser Seite hin haben wir durch den Krieg gewonnen.

Wien, 19. Juni. Wir lesen in der „Wiener Abendpost“ die in Prag erscheinende „Politik“ stellt an die Spitze ihrer Blätter (vom 18. d. M.) einen Artikel, welcher das kaiserliche Manifest an die Militärgrenze — unbeachtend die schuldige Ehrfurcht vor der erhabenen Autorität, von welcher jener Auftrag an die Grenze ausgeht, und den darin verkündeten Uebergang in das neue Verhältniß — einer leidenschaftlichen Kritik unterwirft. Wir lassen die Schicklichkeit einer solchen Auslassung sowie deren auf die erwähnte Maßregel sich beziehende Angriffe für heute unerörtert, um lediglich den Schlußatz des Artikels der „Politik“ zu wiederholen und mit den nöthigen Bemerkungen zu versehen. Er lautet:

Am 7. Juni, 1 Uhr Nachmittags, überreichte der preussische Legationrath Graf Haffel, in Anwesenheit des Generals Schweinitz und (des) Grafen Beust, dem Kaiser von Oesterreich die preussische Freundschaftsnote, welche nur in höflicher Weise und in anderer Form wiedergab, was die deutschen Schmerzensschreie unversämmt besprach. Vom 8. Juni, also Tags darauf, that das Gesez über die partielle Auflösung der slavischen Militärgrenze. Dann kam die Entsendung des Generals Gablen in Mission nach Berlin. Ist es Zufall, oder ist es der Glückseligen That, die fort und fort nun Böses gebären muß?"

Rit dieser höfien That hat es folgendes Bewandniß: D
statt des bevollmächtigten Gesandten und vollends in der
Anwesenheit, ein Legationsrath in ordentlicher oder außerordent
licher Verwendung, dem Souverain eine Mittheilung überreich
köane, zeugt für die schönen Kenntnisse der „Politik“ v
diplomatischen Verkehr. Nicht minder spricht dafür, daß e
diplomatische Note dem Monarchen persönlich und nicht de
Minister des Aeußern übergeben worden sein soll. Sodann
zu constatiren, daß ein Graf Hapsfeld gar nicht, also weder
ordentlicher, noch in außerordentlicher Verwendung des heilic
Cabinetts in Wien war. Endlich wird jeder Einsichtsvolle se
selbst aus dem bestehendem freundschastlichen Verhältnissen z
selbst aus dem Verlaufe der deutschen Reichs gefolgert haben

und wir sind überdies in der Lage, es auf das entschiedenste zu erklären, — daß eine Mittheilung der kaiserlich deutschen und der königlich preussischen Regierung, ihres Oberhauptes, wie seines Ministeriums, über die angeblichen „Schmerzschreie“ der Deutsch-Oesterreicher überhaupt nicht hierher gemacht wurde, weder schriftlich noch mündlich, nicht officiell und nicht officios. Die prager „Politik“ besitzt, wie nachgewiesen, eine reiche Imagination und ein seltenes Combinationstalent. Wie hätte sie sonst erdichtete Daten, mit Angabe der Stunde, an welcher sie erfolgt sein sollen, mit dem kaiserlichen Manifeste über die „Entmilitarisirung der Grenze“ in Verbindung bringen können?

Die „Presse“ schreibt: „Die meisten ungarischen Bischöfe sollen sich weigern, das Unfehlbarkeits-Dogma in ihren Diöcesen zu publiciren. Sie sollen sogar einer neuerlichen Aufforderung von Rom gegenüber eine entschiedene ablehnende Haltung beobachten.“ — Wie das „Vaterland“ erfährt, soll der Ausgleich mit Galizien zwischen der Regierung und dem galizischen Abgeordnetenclub vereinbart worden sein. Was die Verhandlungen mit den böhmischen Notabilitäten betrifft, so ist noch kein Uebereinkommen getroffen worden, doch dauern sie fort.

Bern, 19. Juni. Die Eröffnung des schweizerischen Gesandten in Berlin, daß die Schweiz im Hinblick auf die Erwerbung eines Theiles der französischen Ostbahn durch Deutschland in Betreff der Strecke St. Louis-Basel die ihr zustehenden Rechte verwahre, hat das Reichsfanzleramt mit der Versicherung beantwortet, daß Deutschland im Falle einer Verkündigung mit der Ostbahn über die Erwerbung fraglicher Bahnstrecke weit davon entfernt sein werde, den Rechten zu nahe zu treten, welche der Schweiz der ertheilten Konzeßion gemäß zustehen. Uebrigens sei von der französischen Regierung eine Mittheilung über das im Frankfurter Friedensvertrage dieses Bahnstücks wegen gemachte Anerbieten noch nicht eingelangt. — Einer Pariser Korrespondenz des „Bund“ zufolge wurden während und unmittelbar nach den Kämpfen 80 bis 90 Schweizer mit den Gefangenen nach Versailles abgeführt; die meisten derselben sind Tessiner. Unter der gegründeten Voraussetzung, daß keine weiteren Gefangenen gemacht werden, Auf seine Verwendung konnten Einzelne sofort, Andere nach Verifikation der gemachten Angaben freigegeben werden, während das Loos derjenigen, die sich in die Nationalgarde der Kommune hatten einreihen lassen, von weiteren Untersuchungen und dem Urtheil abhängig ist. Einige dieser Unglücklichen sollen sich dem Wahne hingegeben haben, daß der Beweis, man sei ein Fremder, zur Freilassung genüge, während man gerade gegen Fremde, welche an dem Bürgerkrieg theilgenommen haben, ganz besonders wenn sie der Internationalen angehören, mit doppelter Strenge verfährt.

Florenz, 17. Juni. Heute war General Bertole-Vial in der Kammer; er war bereits wieder aus Rom zurückgekehrt, wohin er auf Befehl des Königs Viktor Emanuel gegangen war, um den Papst zu seinem Jubiläum zu beglückwünschen; er ist jedoch vom Papste nicht empfangen worden. In Folge dessen herrscht gegen das Ministerium eine lebhafte Mißstimmung; man wirft demselben vor, daß es durch seinen Rath den König einer Beleidigung ausgesetzt habe, welche dieselbe hätte ersparen können. In Rom ist es übrigens nicht zu den befürchteten Unruhen gekommen; die von der Regierung getroffenen Maßregeln waren übrigens der Art, daß es nicht über den ersten Versuch einer Ruhestörung hinausgekommen wäre.

Nom. 12. Juni. So eben ist hier eine wichtige Abänderung des italienischen Straf-Gesetzbuchs in Betreff der „Diener des Kultus“ veröffentlicht worden. Diese Veröffentlichung bestimmt, daß ein Diener des Kultus, der bei der Ausübung seines Berufes durch eine öffentliche Versammlung gesprochene oder verlesene Rede durch anderweitig veröffentlichte Schriftstücke die Einrichtungen und Gesetze des Staates, ein kgl. Dekret oder irgend einen anderen Akt der öffentlichen Gewalt ausdrücklich tadelt oder durch eine andere öffentliche Handlung geschmäht hat, mit Gefängniß bis zu 6 Monaten und einer Geldbuße bis zu 1000 Lire bestraft wird. Wenn die Rede, das Schriftstück oder die öffentliche Handlung, deren im vorigen Artikel gedacht ist, darauf abzielt, die Gehorsam gegen die Staatsgesetze oder die Akte der öffentlichen Gewalt hervorzurufen, so wird die Strafe in Gefängniß von sechs Monaten bis zu zwei Jahren und in einer Geldbuße von 1000 bis 2000 Lire bestehen. Folgen auf die Aufreizung zu Unruhen oder ein Aufruhr, so soll der Urheber, wenn nicht Mitschuldiger dabei ist, mit Gefängniß von zwei bis fünf Jahren und einer Geldbuße von 2000 bis 3000 Lire bestraft werden. Jede andere Handlung, welche nach den Strafgesetzen oder dem Preßgesetze ein Verbrechen in sich schließt, wird, wenn sie von einem Diener des Kultus in Ausübung seines Berufes begangen worden ist, mit den daselbst angedrohten Strafen geahndet werden unter Ausschluß des in den bezüglichen Gesetzen bestimmten Strafmaßes. (Köln. Z.)

London, 19. Juni. Der Besuch des Großfürsten Wladimir in Woolwich fand wegen der Beschränkungen gegen Ausländer einige Schwierigkeiten. Von einer militärischen Behörde der anderen überwiesen, gelangte das Gesicht um 3 Uhr des Prinzen zum Arsenal auf weitem Umwege endlich an

